

Bezugspreis: Vierteljährlich 3.-, Halbjährlich 5.-, Vierteljährlich 8.-, ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 63, Lindenstr. 3.

Freitag, den 29. August 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 63, Lindenstr. 3.

Neuer Putsch in der Pfalz.

Von der pfälzischen Telegrammzentrale läuft folgende Meldung ein:

Der seit einigen Tagen erwartete und bereits früher angekündigte Putschversuch der Landauer Hochverräter scheint heute Nacht in der Pfalz in Szene gesetzt worden zu sein.

Bis jetzt liegen nur Meldungen von Ludwigshafen vor. Dort machte nach 12 Uhr eine Anzahl Anhänger von Haack den Versuch, das Hauptpostamt zu besetzen. Der Versuch scheiterte zunächst an dem Widerstand der treuen Beamten.

Ebert über Deutschlands Lage.

Der Ministerbesuch in Stuttgart.

Bei ihrem Besuch in Stuttgart wurden Ebert und Noske an Stelle des erkrankten württembergischen Staatspräsidenten vom Minister des Innern Dr. Lindemann begrüßt.

Er freute sich insbesondere als Süddeutscher, daß gerade ein Süddeutscher der erste Reichspräsident des demokratischen Deutschland geworden sei.

Rand des wirtschaftlichen Untergangs

gebracht und der Süden, vor allem auch das Württembergische Land, in dem wir bisher im großen und ganzen Ruhe und Ordnung aufrechterhalten haben, ist dazu verdammt, unter den Folgen unsinniger Streiks und wahnwütiger Arbeitsverweigerung vor allem zu leiden.

Als zweites Punkt, der ihm besonders am Herzen liege, führte Minister Lindemann an, daß die deutschen Staaten nach dem Vorbild der französischen Revolution von 1789 zu Provinzen innerhalb des deutschen Einheitsstaates herabgedrückt werden sollten.

Reichspräsident Ebert

danke dem Minister Dr. Lindemann für die freundlichen Worte der Bewillkommung und gedachte sodann des erkrankten Staatspräsidenten Wios.

Als Vobener, dem Sachverstand kein Fremder, fühle und denke ich mit Ihnen und habe Verständnis für die Sorge meines Vaterlandes, aber es muß doch eins berücksichtigt werden: Wir sind an die Schaffung der Verfassung gegangen nach einem wirtschaftlichen und politischen Gebiet, wie ihn noch kein Volk erlebt hat.

vielleicht gerade dem Süden lieb und weel war. Aber ich darf Sie versichern, wir haben nach dem Bestreben nach einheitlicher Zusammenfassung gleichfalls nicht verkannt, was für den Fortbestand des Reichs unerlässlich ist.

Wahrung der Eigenheit unserer deutschen Stämme

und die Wahrung des politischen staatlichen Eigenlebens der Einzelstaaten, die Vereinheitlichung des Reichs und die Wahrung der Stammeseigenschaften lassen sich sehr gut vereinigen.

Unsere Stellung zum Ausland ist so ungeheuer schwierig und unglücklich, wie sich nur denken läßt, und wenn wir dem Ausland gegenüber die Stellung aus wiedererobert und erhalten wollen, die wir brauchen, um leben zu können, dann ist es notwendig, daß wir ohne Unterschied der Stammeseigenschaften

Schulter an Schulter und fest zusammenschließen

und eine einheitliche Front gegenüber dem Ausland bilden. Dem entsprechend müßte auch die auswärtige Politik ganz in die Hand der Reichsleitung gelegt werden.

Die Eisenbahnen

wären ja ein Stolz der Staaten. Die Zeiten sind vorüber, und doch bilden sie die Grundlagen unseres Wirtschaftslebens.

Die Steuerfrage

bildet ein bitterböses Kapitel. Ein vielfaches von dem, was früher ausreichte, um unsere Gliedstaaten und unsere Gemeinden zu finanzieren, muß heute unseren Gegnern zugeführt werden.

Föderativstaates vollauf gewahrt.

Sie dürfen versichert sein, daß die Reichsleitung und ich alles getan haben, um zu vermeiden, daß bei der Durchführung der Verfassung Kompensationen zwischen den einzelnen Volkstämmen entstehen.

wirtschaftlichen Sorgen.

Die Verfassung ist aufgebaut auf der Grundlage der Demokratie. Jeder hat das Recht der freien Meinungsäußerung und der freien politischen Betätigung, aber Freiheit ohne Jügel und Schranken ist Anarchie.

Schließlich gedachte der Präsident der Kriegsgefangenen

und gab die Versicherung ab, daß alles, was in den Kräfte der Regierung stand, getan wurde, um unsere Kriegsgefangenen Brüder sobald wie möglich in die Heimat zurückzuführen.

Es gibt kein Menschenwert, das oder ist, als die Befreiung unserer unglücklichen Kriegsgefangenen in Frankreich und in England. (Bravo!)

Die Militärrevolte im Baltikum.

Wie der „Vorwärts“ bereits in der Abendausgabe vom Mittwoch und in der Morgenausgabe vom Donnerstag mitteilte, sind die Gewitterwolken, die sich jezt an der Ostgrenze Deutschlands zu entladen drohen, seit langem im Anzuge.

Auch um die Person des Grafen v. d. Goltz, der ja doch im Mittelpunkt der ganzen Vorgänge stand und steht, hat sich ein langer Kampf gedreht. Um nur an eins zu erinnern: bereits Ende Mai forderte der sozialdemokratische Parteivorstand die Abberufung des Grafen v. d. Goltz.

Die baltische Politik Deutschlands geriet schon mit dem Augenblick auf ein falsches Gleis, indem es den dortigen Junkern möglich gemacht wurde, auf deutschem Boden Freiwillige für die baltische Landeswehr anzuwerben.

Als Anreger der Werbetätigkeit wurde der Reichskommissar Winnig genannt. In einer größeren Beschrift, die im Mai dieses Jahres erschien, steht wörtlich zu lesen:

Die Anwerbung befolgt eine der vielen Zweigstellen der Anwerbungsstelle Valtienland, die als Werbestelle des Generalbevollmächtigten für die baltischen Lande eine Institution des Deutschen Reiches ist.

Den Angeworbenen wurde auch Siedlungsland versprochen. Wie der Reichskommissar Winnig in einem späteren Zeitpunkt mitgeteilt hat, ist es ihm bekannt gewesen, daß die lettische Regierung Siedlungsland nie versprochen hatte.

Der deutsche Außenminister Genosse Hermann Müller hat diese Vorgänge in seiner zweiten großen politischen Rede am 28. Juli eingehend behandelt.

Ich muß ferner mit einigen Bemerkungen zurückkommen auf die Ausführungen, die der Herr Abgeordnete Hoase gemacht hat über meine Bemerkungen zu der Lage im Baltikum.

Ueber die Stellung der Regierung hierzu kann kein Zweifel sein. Bereits am 9. Mai haben wir durch die Waffenstillstands-Kommission mitteilen lassen, daß wir bereit sind, in kürzester Frist das Baltikum zu räumen.

Wir haben am 29. Mai Forderungen erneuert und darauf beharrt, daß sämtliche deutsche Truppen hinter die Grenze zurückgezogen werden sollten. Die Regierung hat ununterbrochen an dieser Auffassung festgehalten.





